



Antragsbuch

5 **der Juso-Bezirkskonferenz Braunschweig vom 24. Mai 2008**

Beschlossene Anträge:

	Titel	Seite
A 1	Im Auftrag der Gerechtigkeit – Leitantrag 2008	2
	Projekte 008	4
	Die Zukunft der SPD	9
	Quantum of Solace – Der Juso-Verband	11
	For Your Eyes Only – Bezirksveranstaltungen 008/009	13
A2	Die Welt ist nicht genug – Gemeinsam für Gleichstellung kämpfen! Gleichstellungsarbeitsprogramm 008/009	15
B 1	Wiedereinsetzung der NLpB	19
B 2	Weil der Mensch ein Mensch ist! Kampagne Gute Arbeit in Braunschweig.	20
B 3	Leiharbeit	23
B 4	Umgang mit der Partei Die Linke	24
B 5	„Keine Coca-Cola im Volksfreundsaal“	27
B 6	Rote Fahnen sollen wehen	28

Im Auftrag der Gerechtigkeit Leitantrag 008

5 Aufgabe der Politik ist es, die Gesellschaft weiterzuentwickeln, neue Handlungswege aufzuzeigen und einzuschlagen, um eine gerechte Welt zu schaffen. Die Große Koalition hat sich aber zum Sachstandsverwalter gesellschaftlichen Stillstands erklärt, indem sie politisches Handeln als „gute“ Verwaltung und politisches Wirken als Medienspektakel inszeniert. Wir als sozialistischer und feministischer
10 Richtungsverband geben uns aber nicht damit zufrieden, die herrschende Ungerechtigkeit nur zu verwalten, um den sozialen Frieden äußerlich aufrecht zu erhalten. Wir wollen für eine soziale, friedliche und gerechte Welt kämpfen – für den demokratischen Sozialismus.

15 Der Morgen stirbt nie

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere Grundwerte. Ihnen wollen wir durch unser Engagement Leben einhauchen. Dabei ist es wichtig, dass wir uns nicht auf Tagespolitik beschränken lassen. Wir wollen für die Vision einer Zukunft kämpfen, in der soziale Gerechtigkeit Realität wird und in der es für die Menschen
20 möglich wird, solidarisch miteinander umzugehen. Dafür ist es nötig, die Ungerechtigkeit in der Welt nicht zu verschweigen, sondern sie laut auszusprechen. Zwei Bereiche gilt es dabei besonders hervorzuheben. Der erste ist die Ungerechtigkeit wie sie im Arbeitsleben besonders jungen Menschen deutlich erfahrbar wird. Ein Niedriglohnsektor, der in Deutschland mittlerweile 22 Prozent aller
25 Beschäftigten umfasst und dessen herausstechendste Merkmale unter den großen Industrienationen eine besonders geringe Entlohnung und minimale Aufstiegschancen sind, zeigt die Zerrissenheit der Erwerbswelt, die besonders junge Menschen – und darunter insbesondere Frauen – erleiden müssen. Das „Ende des Normalarbeitsverhältnisses“ in seinen negativsten Erscheinungsformen kann nicht
30 mehr geleugnet werden.

Casino Royale

Der zweite Bereich ist die globale Ungerechtigkeit. Die aktuelle Hungersnot in der dritten Welt zeigt die dramatischen Auswirkungen der Deregulierung der
35 Weltwirtschaft. Indem selbst der IWF und die Weltbank den Hunger als eine Gefahr anerkennen und zu einem Umdenken mahnen, wird deutlich, wie schlimm die Lage wirklich ist. Wenn sich diese Institutionen nun aber als Retter der Armen aufspielen wollen, so ist das mehr als nur zynisch. Es waren gerade die Struktur Anpassungsprogramme dieser Institutionen, die zu einer dramatischen
40 Zuspitzung der sozialen Ungleichheit und zur Verschärfung der Armut geführt haben. Durch „Stadtsanierungsprogramme“ wurden die Menschen sogar noch aus den Armenvierteln vertrieben und gezwungen, auf unsicherem oder verseuchtem Boden – sogar auf Mülldeponien – zu leben, weil sie sich die wuchernden Mieten in den Armenvierteln nicht mehr leisten konnten. Die profitabelsten Wohnungsmärkte in der
45 dritten Welt sind die Slumviertel ihrer Millionenstädte. Die einseitige Öffnung und Deregulierung der Weltmärkte hat auf der anderen Seite dazu geführt, lokale Wirtschaftskreisläufe zu zerstören und die Armut zu vergrößern. IWF und Weltbank haben nun Angst vor der Krise, die sie selbst befördert haben,

indem sie Länder dazu zwingen, ihre Sozialprogramme zu streichen und staatliche Leistungen abzubauen.

Stirb an einem anderen Tag

5 Die repressiven Hartz IV Regelungen und die Ermöglichung eines ausufernden
Niedriglohnsektors sind das entsprechende Strukturanpassungsprogramm für
Deutschland. Dieser Entwicklung, die von Rot-Grün begonnen wurde und von der
großen Koalition noch verschärft wird, wollen wir uns entgegen stellen. Wir müssen
Alternativen dazu aufzeigen. Die Politik ist nicht durch die Globalisierung
10 handlungsunfähig geworden, sondern hat diese Handlungsunfähigkeit selbst
befördert. Ihre neoliberale Politik hat die Ungerechtigkeit verschärft. Wir Jusos sind
fest davon überzeugt, dass eine andere Politik möglich ist, die jedem ein
menschenwürdiges Leben ermöglicht. Wir lassen uns nicht einreden, die neoliberale
Spielart des internationalen Kapitalismus sei alternativlos.

15

DIAMANTENFIEBER – Die falschen Versprechungen der Ökonomie

Gerade in den letzten Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich so deutlich
gewachsen, dass die Gerechtigkeitslücke nicht mehr geleugnet werden kann. Für
Millionen von Menschen ist es nicht mehr möglich, an der Gesellschaft Teil zu haben,
20 wie sie ihnen im Medienspektakel vorgeführt wird, da sie keine Möglichkeit haben,
ihre Situation – und sei ihr Engagement auch noch so groß – über den Augenblick
hinaus zu verbessern. Durch Arbeit – wenn sie überhaupt noch welche haben –
können sie nur ihr Überleben sichern. Der abgehängte Teil wird, damit es ruhig
bleibt, am Rand der Gesellschaft stillgehalten, indem man für ihn ein buntes
25 Medienspektakel inszeniert.

Auf Josef Ackermann wird dabei gerne von allen Seiten geschimpft, um ihn als „den
bösen Kapitalisten“ hinzustellen, damit niemand bemerkt, dass das Problem nicht der
Chef der Deutschen Bank, sondern das Finanzsystem ist. Auf dem Finanzmarkt
können in kürzester Zeit riesige Gewinne erzielt werden, aber genauso schnell, wie
30 Gewinne entstehen, kann es auch zu einer Krise kommen. Dieses System, dessen
fester Bestandteil die Krisen sind, muss verändert werden.

Im Geheimdienst Ihrer Majestät

Jeder Versuch, sich der vorherrschenden Ideologie zu entziehen, wird kriminalisiert.
35 Die Verfolgung kritischer WissenschaftlerInnen im Vorfeld der G8-Proteste hat dies
noch einmal deutlich gezeigt. Überwachungsmaßnahmen werden unter dem
Deckmantel der Terrorismusbekämpfung immer weiter ausgedehnt. Dies schränkt
die Freiheit ein und untergräbt das demokratische Bewusstsein. Die Anwesenheit
von Überwachungskameras reicht schon aus, damit Menschen ihr Verhalten –
40 oftmals unbewusst – anpassen.

Eine soziale Gesellschaft braucht keine angepassten Mitläufer. Wir kämpfen für eine
reale, gelebte Demokratie, die den Menschen nicht nur die Möglichkeit zur
Beteiligung gibt, sondern auch die materiellen Voraussetzungen zur Beteiligung
schafft und alle Menschen aktiv einbindet. Diese Art von Demokratie ist für uns das
45 Idealbild der herrschaftsfreien Gesellschaft, die wir erstreben.

THUNDERBALL - Lebensumstände gegen Statistik

Täglich wird mit wissenschaftlichen Methoden „nachgewiesen“, wie gut es der
Mensch im westlichen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts hat. – Die Schattenseiten
50 des neoliberalen Kapitalismus werden dabei ausgeblendet. Der gefeierte Rückgang
der Arbeitslosigkeit verliert seinen Glanz, wenn man sieht, dass die neuen

Arbeitsplätze fast ausschließlich in Bereichen geschaffen worden sind, die unsicher und schlecht bezahlt sind – im Niedriglohnsektor und der Leiharbeit. Die Menschen können es sich nicht aussuchen, ob sie diese Arbeitsverhältnisse wollen, sie sind gezwungen zu arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie haben nur ihre Arbeitskraft und die müssen sie auf dem Markt anbieten. An diesem Punkt zeigt sich der grundlegende Konflikt dieser Gesellschaft: der Widerspruch von Kapital und Arbeit.

Schlimmer geht es immer – aber besser eben auch!

Wenn die Menschen beginnen, sich über ihre tagtägliche Lebenserfahrung zu beschweren, wird schnell darauf hingewiesen, dass auf hohem Niveau gejamert werde („Wir haben hier nicht die Armut von Äthiopien.“). Dieses Argumentationsmuster wurde solange wiederholt, dass man sich inzwischen leichter vorstellen kann, dass die Menschheit von einem Angriff aus dem All vernichtet wird, als dass der Kapitalismus endlich ist.

Die Menschen sind dieser Sachzwanglogik nicht hilflos ausgeliefert. Die Gesellschaft in ihrer heutigen Form ist historisch entstanden und kann auch verändert werden. Eine vernünftige Politik muss sich wieder auf die Menschen konzentrieren und ihnen die Möglichkeit geben, die Gesellschaft selbst zu gestalten. Im Zentrum dieser sozialistischen Politik steht die Selbstbestimmung der Menschen. Für uns ist der Mensch weder gut noch böse – er ist lernfähig.

Alle (staatlichen) Versuche, die Menschen mit Arbeitszwang in ein System zu drängen, dass die Bedürfnisse einer immer größer werdenden Anzahl von Menschen nicht mehr erfüllen kann, lehnen wir ab. Wir glauben, dass die Emanzipation von Menschen nicht nur durch den Staat stattfinden kann. Vielmehr müssen den Menschen Handlungsoptionen eröffnet werden, die es ihnen erlauben, sich selbst zu organisieren.

Projekte 008

1. Die Kampagne „Gute Arbeit“

Man lebt nur zweimal – Der doppelt freie Lohnarbeiter

Vor über 100 Jahren war es noch sehr abstrakt, als Karl Marx schrieb, dass Arbeitskraft eine Ware wie jede andere ist. Heute braucht man diesen Umstand keinem Leiharbeiter mehr zu erläutern, weil er es jeden Tag am eigenen Leibe deutlich erfährt. Der Schein, es ginge dem Unternehmer um den Menschen, den er beschäftigt, verfliegt, wenn man sieht, wie einzelne Personen zwischen mehreren Arbeitsplätzen aufgeteilt werden. Der Arbeiter verkauft sich selbst der Leihfirma und seine Arbeitskraft wird dann auf einem dafür neu geschaffenen Markt gehandelt.

Bis zum Jahr 2003 durften Leiharbeiter nur bis zu 24 Monate in einem Betrieb arbeiten. Mit der Abschaffung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ist es heute möglich, dass Leih- und Zeitarbeiter unbefristet und beliebig oft angestellt werden können. Somit macht es für einen Unternehmer keinen Unterschied mehr, ob er jemand fest einstellt oder ob er einen Leih- oder Zeitarbeiter einstellt.

Die Leiharbeit hat aber für den Unternehmer einige große Vorteile. LeiharbeiterInnen können viel schlechter bezahlt werden, sie haben vor Ort keine gewerkschaftliche Vertretung und werden auch zur Ermittlung der Größe des Betriebsrats nicht mit einbezogen.

Durch die Leiharbeit werden die ArbeiterInnen doppelt ausgebeutet. Einmal durch das Unternehmen, in dem sie produktiv tätig sind und durch die Verleihfirma, die ihren Mehrwert noch zusätzlich abschöpft. Somit verschärft sich die Situation des doppelt freien Lohnarbeiters noch weiter. Er hat die Freiheit seine Arbeitskraft zu verkaufen, ist aber auch frei von Kapital und muss deshalb seine Arbeitskraft auf den Markt tragen. Für den Leiharbeiter kommt noch hinzu, dass nicht nur ein Unternehmer über ihn bestimmt, sondern beide. Seine Freiheit ist dadurch noch weiter eingeschränkt.

10 **Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ für den Juso-Bezirk Braunschweig**
Wir Jusos haben entschieden, in diesem Jahr die Kampagne „Gute Arbeit und Ausbildung“ zu starten. Gemeinsam mit Bündnispartnern und Betroffenen sollen die Probleme in der heutigen Erwerbsarbeit dargestellt und Bedingungen für „Gute Arbeit“ definiert werden.

15 **Arbeitsgruppe Wirtschaft / Zukunft der Arbeit**

Die bezirksweite Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Themenbereich Wirtschaft, möchte dabei aber auch Blicke in andere Bereiche werfen. Es sollen Fragen rund um das Steuersystem diskutiert werden und der Frage nachgegangen werden: Wie kann man Steuern sozial gerechter machen? Dabei sollen insbesondere die unterschiedlichen Steuersätze und Schlupflöcher unter die Lupe genommen werden. Daneben sollen aktuelle Diskussionen aus dem Themenbereich Wirtschaft und Arbeit – z.B. Mindestlohn, Arbeitsbedingungen in den Unternehmen und auch das Thema Leiharbeit – aufgegriffen werden. Die Kampagne „Gute Arbeit“ wird in dieser Gruppe inhaltlich begleitet werden.

Die Projektform der Arbeitsgruppe, die sich unabhängig trifft, bietet interessierten Mitgliedern des Bezirks Gelegenheit zum Austausch und zur Diskussion. Vielleicht gelingt es uns auch gemeinsam ein Zukunftsvision zu erdenken, wie Steuern und Arbeit in Zukunft aussehen sollen.

30 **2. „Umbau statt Abbau“ – Projekt Sozialstaat**

Gesundheit

35 Mit der Gesundheitsreform 2003 waren tief greifende Leistungskürzungen sowie strukturelle Veränderungen verbunden, da seitdem das Krankengeld nicht mehr paritätisch von den Sozialpartnern finanziert wird. 2006 konnte der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen nur durch massive Beitragserhöhungen erhalten werden.

40 Bei den „Gesundheitsreformen“ 2003 und 2006 blieben die Privilegien der privaten Krankenkassen unangetastet, während die gesetzlich Versicherten massiv belastet wurden. Das deutsche Gesundheitssystem ist somit durch eine Zweiklassengesellschaft geprägt. Diese Ungleichheit verdeutlicht exemplarisch der geplante Gesundheitsfonds, der den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen durch das Umlageprinzip einführen soll. Jede gesetzliche Krankenkasse soll für jede Versicherte/jeden Versicherten einen Betrag aus einem Topf erhalten. Sollte dieser Betrag nicht ausreichen, kann unabhängig vom Beitrag eine kleine Kopfpauschale erhoben werden. Davon wären gerade die BezieherInnen kleinerer und mittlerer Einkommen sowie ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen betroffen. Aus sozialen Gesichtspunkten ist dies nicht tragbar!

Darüber hinaus symbolisiert der geplante Gesundheitsfonds den Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale, weil der Zusatzbeitrag alters- und leistungsunabhängiger erhoben werden soll.

5 Wie Jusos lehnen den geplanten Gesundheitsfond entschieden ab! Unser Leitbild bleibt weiterhin die solidarische Bürgerversicherung, die auch Mieten und Kapitalerträge bei der Beitragsberechnung berücksichtigt.

Sozialstaat

Der Mainstream

10 Vielfach wird in Deutschland argumentiert, die Lohnnebenkosten seien zu hoch und Arbeit zu teuer. In diesem Zusammenhang wird außerdem angeführt, die Löhne seien zu hoch, die Deutschen hätten zu viele Urlaubstage und eine zu hohe Krankheitsrate. Seit den neunziger Jahren ist daraus eine Diskussion über den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden. Das Credo des politischen Mainstreams lautet: Um international wieder wettbewerbsfähig zu werden, müssten massiv soziale
15 Leistungen abgebaut werden, da Deutschland nur so gegen den internationalen Druck bestehen könne. Nach diesen Ansichten sollen die Menschen vollständig auf sich allein gestellt die Lebensrisiken, wie z.B. Krankheit und Arbeitslosigkeit, absichern.

20 Dahinter versteckt sich ein Gesellschaftsbild, das darauf abzielt, die gesellschaftliche Spitze reicher zu machen, während zahlreiche Menschen massiv vom sozialen Abstieg bedroht werden, und teilweise sogar ohne Aufstiegschancen bereits sozial abgehängt sind.

Aber...

Auch die Agenda 2010 war in dem Denken verhaftet, durch massive soziale
Einschnitte die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland
wiederherzustellen. An dieser Stelle muss nachdrücklich festgestellt werden, dass
weder die Deregulierung des Arbeitsmarktes noch die Einschränkung des
30 Kündigungsschutzes eine Zunahme von sozialversicherungspflichtigen und
tarifgebundenen Arbeitsplätzen bewirken. Gleiches gilt für die staatlichen
Leistungskürzungen. Zusammenfassend betrachtet war die Agenda 2010
ausschließlich angebotsorientiert, während die nachfrageorientierten Komponenten
wie beispielsweise die volkswirtschaftliche Nachfrage und der Konsum völlig
35 vernachlässigt wurden.

Die Agenda 2010 wurde auch durch die vermeintliche „Kostenexplosion“ des
Sozialstaates legitimiert. Aber auch diese Argumentation erweist sich als wenig
überzeugend, weil beispielsweise der Anteil der Renten und des Gesundheitswesens
am Bruttoinlandsprodukt seit über zwanzig Jahren stabil ist. Darüber hinaus bewirkt
40 nicht der vielfach zitierte „demografische Wandel“ die „Kostenexplosion“ des
deutschen Sozialstaates, sondern das Zusammenspiel von Arbeitslosigkeit,
sinkender Lohnquote und sozialversicherungsfreier Arbeit.

Hartz IV

45 Ein entscheidender Einschnitt in den deutschen Sozialstaat war die
Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Nach der Bezugsdauer des
Arbeitslosengeldes I fallen Arbeitssuchende automatisch auf Sozialhilfeniveau. Wer
nicht bereit ist, schlechter bezahlte Arbeitsverhältnisse anzunehmen, dem werden
die Bezüge gekürzt. Außerdem wirkt an der Hartz IV Gesetzgebung besonders fatal,
50 dass Arbeitssuchende ihre Ersparnisse bis auf eine Anrechenbarkeit von 200 € pro
Lebensjahr aufbrauchen müssen. Durch die Kombination von der extrem kurzen

Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und den Bezugsbedingungen wird der soziale Abstieg von Menschen schnell vollzogen, wenn sie innerhalb eines Jahres keinen neuen Arbeitsplatz finden. Auf diese Weise wird Druck auf Menschen aufgebaut, wenn möglich jedes Beschäftigungsverhältnis anzunehmen, auch wenn dieses
5 beispielsweise unter den Bereich der prekären Arbeit fällt (Niedriglohnsektor, befristete Arbeitsverträge etc.) oder mit hohen persönlichen Belastungen verbunden ist (weite Entfernung vom Wohnort, Trennung vom Lebenspartner/Familie und Freunden).

10 Eine Politik, die sich der Würde des Menschen und der Chancengleichheit verpflichtet fühlt, kann derartige Maßnahmen nicht akzeptieren. Die Auswirkungen der Hartzgesetze müssen endlich kritisch hinterfragt und behoben werden. Die Verlängerung der Auszahlung des ALG I für Ältere kann da nur ein erster Schritt gewesen sein. Der ALG II-Satz muss erhöht und regelmäßig angepasst werden. Die Bezüge für Kinder und Jugendliche decken derzeit bei weitem nicht den wirklichen
15 Bedarf. Der Zwang zur Übernahme jedweder Arbeit ist inakzeptabel – Ein-Euro-Jobs vernichten reguläre Beschäftigung.

Aufgaben des Sozialstaates

20 Für uns Jusos ist es zentrale Aufgabe des Sozialstaates, Armut und Ausgrenzungen zu verhindern und allen Menschen die gesellschaftliche und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem gilt, dass Menschen (nur) im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der solidarischen Finanzierung des Sozialstaates beteiligt werden dürfen. Dass dies in unserem Land nicht mehr der Fall ist, zeigen folgende Fakten: Während die
25 oberen 10 % der Bevölkerung knapp die Hälfte des Privatvermögens besitzen, verfügen die unteren 50 % gerade einmal über 4 % des Privatvermögens. Deshalb ist es für uns auch eine zentrale Aufgabe des Sozialstaates, für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Umverteilung zu sorgen. Dabei darf besonders die Wirtschaft nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

30 Welche soziale Bedeutung ein intakter Sozialstaat hat, zeigt auch folgendes Beispiel: Bereits heute sind 13 % der deutschen Bevölkerung von Einkommensarmut betroffen. Ohne staatliche Transferleistungen würden jedoch 41 % der Bevölkerung von der Einkommensarmut betroffen sein. Allerdings darf die staatliche Umverteilung eine angemessene Entlohnung für Arbeit nicht ersetzen.

35 Eine weitere zentrale Aufgabe des Sozialstaates ist es, durch individuelle Förder- und Weiterbildungsmaßnahmen und öffentliche Bildung den Teufelskreis von sozialer Herkunft und Lebensperspektiven zu durchbrechen.

Unsere zentrale Aufgabe: Umbau statt Abbau

40 Wir Jusos im Bezirk Braunschweig wollen uns an den Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaats aktiv beteiligen. Wie können wir für mehr Gerechtigkeit und soziale Teilhabe sorgen? Wie können wir den Sozialstaat zukunftsfest machen, ohne dabei den Leistungskatalog zusammen zu streichen?

45 Außerdem wollen wir Jusos im Bezirk Braunschweig konkret den Sozialstaat, seine Finanzierung sowie seinen Leistungskatalog analysieren, um auf diese Weise Umbauperspektiven zu entwickeln.

3. Wie funktioniert die Globalisierung? – Theorie-Projekt

Leben und sterben lassen – Folgen der Globalisierung

50 Die derzeitige Lebensmittelkrise zeigt in dramatischer Weise die Entkoppelung der Finanzmärkte von der realen Wirtschaft; durch Finanzspekulationen werden die

Preise künstlich in die Höhe getrieben. Das Kapital suchte nach der Krise auf dem US-Immobilienmarkt neue Anlagemöglichkeiten und fand sie bspw. in den Terminbörsen der Agrarindustrie. Dies hatte für die Menschen dramatische Folgen – sie hungerten.

5 In der Theorie klingen die Folgen der Globalisierung meist sehr abstrakt und harmlos. Deregulierung klingt nicht nach Elend und Armut für Millionen von Menschen. Das globale Kapital konnte sich in letzter Zeit immer mehr von nationalen Regierungen unabhängig machen, weil die großen Industrieländer – zu denen auch Deutschland gehört – es ihm ermöglichten. Internationale Organisationen haben mit
10 Krediten dafür gesorgt, dass die Märkte der zweiten und dritten Welt geöffnet wurden. Unternehmen fliehen nicht mehr nur aus den Industrieländern in die Billiglohnländer, es hat sich mittlerweile sogar ein Lohnkampf zwischen den Billiglohnländern entwickelt.

15 **Moonraker**

Die klaren Verhältnisse aus der Zeit des Kalten Krieges existieren nicht mehr. Mit der Globalisierung hat sich auch das weltweite Machtgefüge verändert. Kein Staat – auch nicht die USA – ist mehr in der Lage, die Welt zu kontrollieren. Das Scheitern der Kriege im Irak und in Afghanistan trotz militärischer Überlegenheit belegt dies.
20 Genauso werden Versuche scheitern, sich durch Raketenabwehrschilde gegen eine Gefahr abzusichern, von der man nicht einmal weiß, woher sie kommt. In Deutschland hat diese neue Weltordnung zu einem „neuen Nationalbewusstsein“ geführt.

25 **Das Projekt**

Wenn wir Jusos uns mit den Folgen der Globalisierung beschäftigen, muss es uns vor allem um die Menschen gehen. Wir müssen analysieren, wie sie in diesem System handeln. So steht dem freien Warenverkehr auf der einen Seite die Festung Europas gegen Einwanderer gegenüber. Waren aus afrikanischen Werkstätten
30 finden in Containerschiffen schnell den Weg nach Europa, während die Menschen im Mittelmeer mit selbstgebauten Flößen ertrinken. Der ungezügelte globale Kapitalismus ist kein abstrakter Begriff, er ist ein System von Macht und Herrschaft, das Menschen unterdrückt. Dieses kapitalistische System gilt es politisch zu bekämpfen.

35 Dies ist nur eine grobe Skizze der Ursachen und Folgen der Globalisierung. Sie zeigt, dass es in der internationalen Politik kein „weiter so“ geben darf. Bevor wir uns aber über neue Entwicklungsstrategien Gedanken machen können, müssen wir uns zunächst damit auseinandersetzen, welche Folgen das „System Globalisierung“
40 wirklich hat und wie sie zu deuten sind.

4. Projekt: „Europas Zukunft gemeinschaftlich gestalten“

45 **Problemfeld: Rechtsextremismus**

Gleichzeitig zur Ausdehnung des neoliberalen Globalisierungsdogmas ist die Nation wieder in den Mittelpunkt gerückt. Die unpersönliche, unbarmherzige Globalisierung soll dadurch aufgefangen werden, dass man sich wieder in den vertrauten Schoß des Nationalstaates begibt. Dieses zeigt sich bspw. an der von der Union geführten
50 Patriotismus-Debatte. Wir Jusos werden nicht dabei mitmachen, einem angeblichen

Nationalstolz hinterher zu rennen und andere Staaten und deren BürgerInnen als Konkurrenten zu sehen. Wir sind Internationalisten und werden es bleiben.

5 Wir, die Jusos aus dem Bezirk Braunschweig, wollen den Rechtsextremismus weiterhin mit allen Mitteln bekämpfen. Demos werden unterstützt mit Frau, Mann und Fahne. Nazis dürfen nirgendwo Fuß fassen! Die Zeiten, in denen SozialdemokratInnen von den Nazis verfolgt wurden, dürfen nicht wiederkommen. Es muss für uns ein nie verblappendes Ziel sein, Aufklärungsarbeit über Rechtsradikalismus zu leisten. Die Akzeptanz bei den Bürgern darf nicht steigen.
10 Antidemokratisches Gedankengut bleibt antidemokratisches Gedankengut, auch wenn die Verpackung sich verändert hat.

Zusammenarbeit statt Wettbewerb: Europa als Lösung

15 Seit nunmehr 50 Jahren gehen die verschiedenen Nationen der Europäischen Union mit dem Ziel der Völkerverständigung einen gemeinsamen Weg. Europa, das mittlerweile durch 27 Mitgliedstaaten gefestigt ist, prägt die Weltpolitik in einem entscheidenden Maße mit. Um diesen Verständigungsprozess weiterhin zu stärken, bedarf es eines intensiven Blicks in die Zukunft und somit einer aktiven Beteiligung der Jugend.

20 Wir als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig fühlen uns demnach verpflichtet unser politisches Handeln an diesem Grundprinzip der Europäischen Integration zu orientieren.

Mit dieser grundsätzlichen Entscheidung positionieren wir uns gegen jegliche Form von Faschismus. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine weitere Demokratisierung
25 der Europäischen Union aus.

Aus diesem Gedanken lassen sich folgende Ziele unseres Handelns ableiten:

- weitere Bündelung der jungen sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte in der Gemeinschaft
- 30 - stetiger Austausch junger Menschen über den Weg der aktiven Jugendbegegnung
- die Förderung des Europäischen Dialogs zwischen Jung und Alt

35 Mit der Festschreibung dieser Ziele möchten wir als Jungsozialisten im SPD Bezirk Braunschweig dazu beitragen, dass die jungen Menschen in der europäischen Union nicht nur übereinander reden, sondern viel mehr und intensiver miteinander kommunizieren. Das Projekt „Europa gestalten“ soll einen ersten Anstoß dazu geben.

40

Die Zukunft der SPD

Sag niemals nie

45 Nach dem Hamburger Programmparteitag und der eindrucksvollen Bestätigung des demokratischen Sozialismus und der marxistischen Gesellschaftsanalyse als Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik wurde schnell von einer vermeintlichen Linkswende der Partei gesprochen, während an der tatsächlichen Politik ein solcher Umschwung nach links nicht erkennbar ist. Das Argument der Linkswende wird gerade vom Seeheimer Kreis dazu herangezogen, sich jetzt wieder mehr auf die
50 Tagespolitik zu konzentrieren und Programm Programm sein zu lassen. Mit dem

Argument, man dürfe sich nicht von der CDU treiben lassen, wird allerdings nicht nur eine strategische, sondern auch eine inhaltliche Agenda verfolgt.

5 Nach wie vor ist das Umfragetief nicht überwunden. Auf der Suche nach den Wählern sollte jedoch eines nicht aus dem Auge gelassen werden: „Es hat keinen Sinn, eine Mehrheit für die Sozialdemokratie zu organisieren, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“ (Willy Brandt)

Goldfinger – Konsolidieren und Privatisieren

10 Dass es innerhalb der SPD keine Linkswende gegeben hat, wurde schon ein halbes Jahr nach dem Hamburger Parteitag durch das sklavische Festhalten am Gesundheitsfonds und durch die Ankündigung, eine „Schuldenbremse“ einzuführen, deutlich. Noch fataler ist aber der Kompromiss zur Bahnprivatisierung: Nicht nur, dass sie inhaltlich falsch ist, sondern vor allem wie Parteivorstand und Parteirat sie gegen den Bundesparteitagsbeschluss und das Versprechen des Parteivorsitzenden durchgepeitscht haben, trennt die Parteispitze immer weiter von der Basis.

Liebesgrüße aus Moskau - DieLinkePunkt

20 Mit den Wahlerfolgen der LinkenPunkt hat sich ein 5-Parteien-System im Westen auch in den Flächenstaaten etabliert. Die 7 Prozent in Niedersachsen resultieren dabei zum Einen aus der Unfähigkeit der SPD, aktive Genossen und Genossinnen zu binden, zum Anderen aus den Nachwirkungen des Glaubwürdigkeitsverlustes, der bis auf die kommunale Ebene durchgeschlagen ist.

25 Mit der LinkenPunkt hat sich eine neue Partei etabliert, die jedoch nicht als neues Feindbild dienen kann. Je mehr man sie isoliert, desto stärker wird ihre Anziehungskraft als „Protestpartei“ und desto geringer die Chance, zukunftsfähige linke Projekte auf Landes- und Bundesebene durchzusetzen.

Im Angesicht des Todes – Auswertung Landtagswahlkampf

30 Bei der Landtagswahl Anfang des Jahres hat die SPD ein niederschmetterndes Ergebnis eingefahren, wofür es verschiedene Ursachen gibt. Der Wahlkampf ist – trotz des großen Engagements der Jungen Teams – suboptimal gelaufen.

35 • „BASIS“ ist der falsche Name für eine zentralisierte Wahlkampforganisation. Es ist zudem ein Widerspruch, den Parteigliederungen keine finanziellen und inhaltlichen Gestaltungsfreiheiten zu lassen und gleichzeitig kreativen Wahlkampf voller Enthusiasmus zu erwarten. Die im Gegenzug versprochene organisatorische Leistung der „BASIS“ ließ ebenfalls zu wünschen übrig.

40 • Ein inhaltloser Landesparteitag als reine Jubelveranstaltung ist nicht unser Anspruch an eine ausstrahlungsfähige Partei. Konfettikanonen haben auf Parteitag nichts zu suchen! Eine „Amerikanisierung“ des Wahlkampfes, bei der der Erfolg einer Veranstaltung an der Lautstärke des Jubels festgemacht wird, lehnen wir ab.

45 • Wolfgang Jüttner als Spitzenkandidat hat das SPD-Wahlprogramm glaubwürdig vertreten; ein Problem war jedoch die mangelnde Unterstützung des „linken“ Wahlprogramms durch Teile der Landtagsfraktion sowie der Führungsriege der Partei.

Kurt Beck jagt Dr. Merkel?

50 Die Zukunft der Partei hängt davon ab, die im Hamburger Programm festgeschriebene Grundwerteorientierung nun in Regierungshandeln umzusetzen.

In einer großen Koalition gilt: Wer schon mit einem Kompromiss in die Verhandlung geht, muss sich nicht wundern, wenn er über den Tisch gezogen wird. – Dabei reicht

es nicht, sich hier und da ein wenig von der CDU abzugrenzen, die SPD muss vielmehr eine eigene Vision einer gerechten Gesellschaft entwickeln. Kompromisse sind unattraktiv – wenn die SPD nicht einmal in einer großen Koalition richtungsweisende Maximalforderungen erhebt, kann sie auch nicht erwarten, im Wahlkampf mit Gerechtigkeitsparolen ernst genommen zu werden.

Der Politik der SPD fehlt die gesamtgesellschaftliche Perspektive - das linke Profil. Statt den Sachzwang zu verwalten und zu versuchen mit Einzelprojekten hervorstechen (Biosprit), muss sich die Partei wieder der ursprünglichen Zielgruppe sozialdemokratischer und sozialistischer Politik zuwenden. Der Teil der Gesellschaft, der keinen Anteil an der gesellschaftlichen Macht hat und den die Härte des Wirtschaftssystems am meisten trifft, muss wieder zum Ausgangspunkt für zukünftige Politik werden. Diesen „Teil ohne Anteil“ findet man nicht in einem festen Normalarbeitsverhältnis oder in der so genannten Mitte der Gesellschaft.

Das Maß der Mitte ist das Mittelmaß.

Die Mitte ist keine politische Richtung und sie ist vor allem kein fester Ort, um den man sich versammeln kann. Die Mitte in der politischen Landschaft orientiert sich am Querschnitt der von den politischen Parteien vertretenen Meinungen; sie ist der Kompromiss zwischen verschiedenen Ansichten und kann deshalb selbst kein innovatives Programm enthalten. In der Zivilgesellschaft ist die Mitte das stabilisierende Element, das nicht zuletzt die ökonomische Basis vor Veränderungen schützt. In der Mitte als politischer Ideologie laufen also die Systemzwänge des Kapitalismus und die Besitzstandswahrung der MandatsträgerInnen und (Außen-)Minister zusammen. Das Ziel, irgendwie an der Macht zu bleiben, verhindert ausstrahlungsfähige Projekte; die Mitte als geistige Krücke politischer Orientierung verdeckt dabei nur notdürftig eine Ideenlosigkeit, die die Mehrheit der Bürger nicht für sich gewinnen kann.

Quantum of Solace – Der Juso-Verband

GoldenEye – Die Partei von links erobern

Das Interesse junger Menschen an linken Politikalternativen ist in der letzten Zeit wieder gestiegen. Um diese Zielgruppe anzusprechen, müssen die Jusos eine Plattform bieten, auf der sie diese Alternativen zur neoliberalen Alltagsmeinung diskutieren und entwickeln können. Darum braucht der Juso-Verband ein klares linkes, inhaltlich fundiertes Profil. Wenn sich die Jusos nur als Karrieresprungbrett in die Partei hinein darstellen, werden sich genau diese Jugendlichen, die bereit sind neue politische Ansätze zu diskutieren – eine andere Plattform suchen.

Dabei ist für uns Jusos klar, dass eine zukunftsfähige Politik nur mit der SPD zu erreichen ist, aber wir müssen uns die Freiheit erlauben, diese Verbundenheit zur SPD immer wieder auch kritisch zu hinterfragen. Die rot-grüne Koalition hat – als sie 1998 die Regierung übernommen hat – ein Projekt dargestellt, dass die 16 Jahre Stillstandspolitik unter Helmut Kohl beenden wollte. Wir Jusos kämpfen in der SPD dafür, ein neues sozialdemokratisches Projekt zu entwickeln. Unser Ziel kann sich nicht darin erschöpfen, an der Regierung beteiligt zu sein und das Schlimmste zu verhindern.

Die SPD muss wieder eine starke linke Volkspartei werden. Die Jusos können das aber nicht alleine schaffen, wir brauchen dafür die Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der Gewerkschaften. Die inhaltlichen Gemeinsamkeiten von Jusos und Gewerkschaften müssen wir wieder mehr in den Mittelpunkt stellen. Durch innerparteilichen Druck, Kooperation mit Bündnispartnern und Teilnahme an gemeinsam initiierten Demos werden wir es schaffen, die SPD wieder dort zu verorten, wo sie hingehört – als linke Volkspartei, die auch gerade für diejenigen Menschen kämpft, die sich selbst keine Öffentlichkeit schaffen können. Zu erfolgreicher Juso-Arbeit gehört auch immer der kulturelle Teil. Dazu gehört nicht nur, politisch zu diskutieren und zu kämpfen, sondern sowohl unsere Erfolge ausgiebig zu feiern, als auch im Bewusstsein unserer langen Tradition Arbeiterlieder zu singen.

Qualifikation der Jusos in den Unterbezirken

Die Basis der Juso-Arbeit bilden die Unterbezirke. Dies zeigte sich nicht nur im Landtagswahlkampf. Auch für innerparteiliche Kampagnen sind die Unterbezirke als Multiplikatoren der im Bezirk gemeinsam erarbeiteten Positionen unverzichtbar. Wir haben es als Verband geschafft, die Zahl der Aktiven wieder zu steigern und insbesondere Jüngere für die Jusos zu begeistern. Um die Bildungsarbeit des Verbandes auf einem hohen Niveau fortsetzen zu können, muss diese konsequent ausgebaut werden. Zentraler Baustein sind dafür die Seminare des Bezirks, die junge Menschen über interessante inhaltliche Angebote ansprechen und begeistern. Die letzten Monate haben gezeigt, dass es wieder mehr Interesse bei den Jusos daran gibt, über grundsätzliche politische Fragen zu diskutieren. In dieser Entwicklung liegt ein großes Potential, dass wir aufgreifen wollen.

Der Mann mit der riesigen Rückwand – Landesverband

Das Thema der Abschaffung der Bezirke wurde uns nach der Landtagswahl erneut von der Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Um eine kontinuierliche Arbeit vor Ort zu gewährleisten und Engagement über die Unterbezirke hinaus zu ermöglichen, sprechen wir uns gegen die ersatzlose Abschaffung der Juso-Bezirke aus. Einer Stärkung des Juso-Landesverbandes sind wir nicht grundsätzlich abgeneigt, sie ist aber nur dann sinnvoll, wenn alle 4 Bezirke die inhaltliche Arbeit mittragen und der Landesverband die Arbeit der Landes-SPD kritisch mit unseren Alternativvorschlägen begleitet. Jusos dürfen sich auf keiner Ebene zu reinen Abnickern oder zur Jubeltruppe der SPD degradieren lassen. Momentan ist festzustellen, dass sowohl die Beteiligung aller Bezirke an der Arbeit des Landesverbandes lückenhaft ist, als auch, dass es nicht gelungen ist, den Landesvorstand zu einer klaren Einflussnahme auf die Partei und zu einer klaren Vertretung von Juso-Positionen zu bewegen. Es ist derzeit weder ein inhaltliches Projekt noch eine klare Vision seitens des Landesvorsitzenden für den Juso-Landesverband zu erkennen. Unter diesen momentanen Umständen macht eine Stärkung des Landesverbandes keinen Sinn. Außerdem ist es für uns notwendig, kritisch zu prüfen, welche der derzeitigen inhaltlichen Projekte auf Landesebene sinnvollerweise fortgesetzt werden können.

50

For Your Eyes Only – Bezirksveranstaltungen 008/009

Bezirksvorstandssitzungen (BeVo)

- 5 Der Bezirksvorstand ist dafür zuständig, die Projekte seiner Mitglieder und die Seminare organisatorisch zu begleiten und finanzielle Entscheidungen zu treffen. Zum Bezirksvorstand können alle Jusos des Bezirk kommen. Daneben sollen die Bezirksvorstandssitzungen aber auch als inhaltliche Plattform verstanden werden. Auf jeder Sitzung soll ein inhaltliches Thema vorgestellt werden, über das wir dann diskutieren wollen.
- 10 In der Organisationsform des BeVo soll unsere Kritik an Herrschafts- und Machtformen zum Ausdruck kommen. Wissensmonopole aufzulösen und sie allen TeilnehmerInnen der Bezirksvorstandssitzungen zugänglich zu machen, ist dazu ein erster Schritt. Ergänzend sollen verstärkt alternative Moderationsmethoden und wechselnde Sitzungsleitung im BeVo Anwendung finden, um alle an der Arbeit zu
- 15 beteiligen. Die Sitzungen finden einmal im Monat statt. Um eine kontinuierliche Kommunikation zwischen dem Bezirk und den Unterbezirken zu ermöglichen und bei Problemen immer erreichbar zu sein, wird jedes Bezirksvorstandsmitglied 1-2 Unterbezirke betreuen.
- 20 Die Ergebnisse der Bezirksprojekte wollen wir in Broschüren veröffentlichen, um die Ergebnisse der Bezirksarbeit in die Unterbezirke zu tragen.

Octopussy – Bezirksseminare

25 • **Basic Seminar**

- Das Juso-Basic-Seminar soll alle Jusos mit den Grundlagen der politischen Arbeit vertraut machen. Es sollen dabei ein Verständnis für die Geschichte der Arbeiterbewegung vermittelt und politische Entscheidungsstrukturen erläutert werden. Die Basic-Seminare finden halbjährlich und darüber hinaus auf Anfrage der
- 30 Unterbezirke statt.

• **Basic Plus**

- Das Basic-Seminar wird um einen weiteren Teil ergänzt, der parallel stattfindet und sich an diejenigen richtet, die schon mal am Basic-Seminar teilgenommen haben und
- 35 nun weitergehende Fragen diskutieren wollen.

• **Orga-Seminar**

- Das Orga-Seminar soll die organisatorischen Fähigkeiten der Jusos im Bezirk Braunschweig verbessern. Dabei sollen an konkreten Vorhaben der Unterbezirke
- 40 und Juso-AGen die Grundlagen der Projektorganisation und der Sitzungsleitung geübt werden. Das Orga-Seminar soll somit Ausgangspunkt der Arbeit der Unterbezirke sein; es findet in Absprache mit einzelnen Unterbezirken statt.

• **Frühlingsschule und Spätsommerakademie**

- 45 Mit der Frühlingsschule haben wir ein erfolgreiches Seminarkonzept, um die inhaltliche Arbeit auf Bezirksebene auszubauen und Anträge vorzubereiten. Dieses Angebot wollen wir im zweiten Halbjahr um eine Spätsommerakademie ergänzen; neben der Arbeit des Bezirks soll dabei auch die inhaltliche Arbeit der Unterbezirke Platz finden und eine Möglichkeit gegeben werden, über die Grenzen des eigenen
- 50 Unterbezirks zusammen an inhaltlichen Themen zu arbeiten.

- **Frauenseminar** – siehe Gleichstellungsarbeitsprogramm

- **Bezirksplena**

5 Bezirksplena sind ein Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig, auf denen politische Diskussionen geführt werden. Sie werden vom Bezirk gemeinsam mit dem gastgebenden Unterbezirk durchgeführt. UBs können hier ihre inhaltliche Arbeit oder ihre Aktionen vorstellen. Bezirksplena finden auf Anfrage der Unterbezirke statt.

10 • **Sozialismus braucht Tradition**

Die Reihe „Sozialismus braucht Tradition“ soll wiederbelebt und weitergeführt werden. Neben Kenntnissen über politische und Parteistrukturen ist es für uns Jusos wichtig, die Lebensrealität der Menschen kennen zu lernen, um politische Gestaltung an diesem Punkt anzusetzen. Deshalb wollen wir verschiedene Betriebe in der
15 Region besuchen, uns im Rahmen des Themas „Gute Arbeit“ über die Arbeitsbedingungen informieren und mit Gewerkschaftern vor Ort diskutieren.

Sozialismuskongress 2009 – Power to the People!

20 Als Ergänzung zu den inhaltlichen Projekten und als Abschluss der Neumitgliederveranstaltungen soll im Frühjahr 2009 ein Sozialismuskongress im Bezirk stattfinden. Zusammen mit BündnispartnerInnen und WissenschaftlerInnen sollen praktische Perspektiven kritischer Theorie aufgezeigt werden und der Frage nachgegangen werden: Wie kann man theoretische Erkenntnisse und persönliche Überzeugungen – von Marxismus über Feminismus bis hin zu Internationalismus
25 und Antifaschismus – in praktisches Handeln übertragen?

Licence to Grill

30 Neben der inhaltlichen Arbeit wollen wir im nächsten Jahr auch wieder verstärkt kulturelle Angebote machen. Darunter fällt bspw. gemeinsames Grillen, Filmabende etc.

Der Spion, der mich liebte - Mehr Braunschweig auch anderswo!

35 Wie in den vergangenen Jahren wollen wir gemeinsam zu Seminaren und Veranstaltungen des Bundesverbandes und des Landesverbandes fahren und dabei sowohl die inhaltliche Arbeit mitgestalten, als auch unsere persönlichen Kontakte in andere Bezirke und Landesverbände pflegen. – Wir grüßen an dieser Stelle auch unsere Exilanten in: Bonn, Frankfurt, Nürnberg, Heidelberg, Liverpool, Wiesbaden und Berlin.

40 • **The Living Daylights – Juso-Landesverband 008/10**

Auch dem Juso-Landesverband soll in Zukunft ein stärkeres Augenmerk gelten. Wir wollen die Zukunft des Landesverbandes mit dem eigens dafür aufgelegten Programm BSSDSJLVDNIDLTW – UANIDBT tatkräftig unterstützen.

45 **Mitgliederwerbung**

In Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk wird der Juso-Bezirk verschiedene Abendveranstaltungen (Diskussionsveranstaltung, Party, ...) für Neumitglieder und Interessierte organisieren.

50

A2, Gleichstellungsprogramm

Die Welt ist nicht genug – Gemeinsam für Gleichstellung kämpfen!

Gleichstellungsarbeitsprogramm 008/009

5 **1. Die Jubiläen im Jahr 2008: 100 Jahre Frauen in der SPD, 90 Jahre Frauenwahlrecht, 20 Jahre Quotenregelung**

Seit um 1848 erstmals aktive Feministinnen mit der Organisation von Frauenvereinen und Frauenzeitingen eine neue gemeinschaftliche Bewegung von Frauen begründeten, rückte das Thema Gleichstellung immer stärker in das politische Blickfeld. Clara Zetkin, als Organisatorin der proletarischen Frauenbewegung, und August Bebel, der 1879 sein Werk „Die Frau und der Sozialismus“ veröffentlichte, trieben die Frauenemanzipation voran. 1881 übernahm die SPD die Forderung des Frauenwahlrechts in ihr Parteiprogramm auf und konnte 11 Jahre später auch den linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung für sich gewinnen.

Bis vor 100 Jahren (1908) war Frauen dennoch nach Vereinsrecht die Mitarbeit und Mitgliedschaft in politischen Parteien untersagt. Die SPD gab den Frauen jedoch durch Sonderregelungen die Möglichkeit, sich in der Partei zu organisieren, bis die politische Organisation von Frauen 1908 erlaubt wurde. Bereits 1907 fand die erste Konferenz der sozialistischen Fraueninternationale statt, Clara Zetkin wurde von der Konferenz mit der Leitung des Sekretariats beauftragt; es wurde auch eine Resolution zum Frauenwahlrecht verabschiedet.

Vor 90 Jahren wurde nach einem langen Kampf am 12. November 1918 das aktive und passive Frauenwahlrecht gesetzlich festgeschrieben. Die Sozialdemokratin Marie Juchacz sprach am 19. Februar 1919 als erste Frau im deutschen Parlament:

30 **„Ich möchte hier feststellen [...], dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“**

Obwohl die Frauen seit diesem Zeitpunkt in der Politik gleichberechtigt sind, spiegelte sich dies nicht in ihrem Anteil in Parteigremien und Parlamenten wieder. Der Glaube, das Problem der Gleichstellung in der SPD würde sich von allein klären, wurde enttäuscht. 80 Jahre nach dem Beschluss der politischen Mitbestimmung für Frauen beschloss der SPD-Parteitag 1988 in Münster die Forderung der ASF zur Aufnahme der Quotenregelung. Mindestens 40% jeden Geschlechts müssen nun an Funktionen und Mandaten beteiligt sein.

45 **2. Große Erfolge auf dem Weg zur Gleichstellung und doch noch lang nicht am Ziel:**

Auch in der eigenen Partei ist eine Gleichstellung längst nicht erreicht. Die in der Gesellschaft festgestellten Probleme existieren genauso in der Partei. Das mag banal klingen, ist aber noch nicht bei allen angekommen. Daran haben verschiedene Probleme ihren Anteil:

• Strukturen

Das typische Bild eines gelungenen Parteitages sind lange hitzige Debatten, in denen sich die Kontrahenten nach Art römischer Senatoren die Meinung sagen. Natürlich darf auch eine lange Ansprache des Vorsitzenden nicht fehlen, der mal richtig sagt, wo es lang geht. – Jemand spricht, der Rest hört zu. Je lauter, desto besser! Erst wenn der politische Gegner so richtig in die Pfanne gehauen wird, kommt Parteitagstimmung auf.

Ist diese Art, Parteitage abzuhalten neutral oder erscheint, beim Lesen der Beschreibung vor unserem geistigen Auge ein älterer Mann, der politische Erfahrung mitbringt und gerne große Reden schwingt? (z.B. Modell Wehner) Kann es sein, dass diese Art zu gemeinsamen Positionen zu finden, Einzelakteure in den Vordergrund stellt, statt es darauf anzulegen, dass jede Meinung gehört wird und Argumente nicht nur ausgetauscht, sondern auch ernst genommen werden? Zum Beispiel auch die von Frauen, jungen Menschen und Leuten, die nicht so gut deutsch sprechen? **Mensch** braucht nicht erst eine Statistik über die Redezeit von Frauen und Männern auf Parteitag zu erstellen, um herauszufinden, dass diese Art der Kommunikation hauptsächlich von Männern wahrgenommen wird.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei Sitzungen: hier kommen einige Wenige oft zu Wort, weil sie zu allem etwas zu sagen haben, während eher zurückhaltende GenossInnen schlicht übergangen werden.

Wir wollen, dass jeder zu Wort kommt und dass jedem die Gelegenheit gegeben wird, sich zu äußern. Dazu gehört auch, dass **ALLEN** zugehört wird, auch wenn sie leise reden und keine Totschlagargumente vortragen.

• Die „Qualifikation“ von KandidatInnen für Wahlämter

Wann ist jemand für ein Amt qualifiziert? – Wenn er gut reden kann und Durchsetzungsvermögen hat! Er sollte auch mal auf den Tisch hauen können. Es braucht einen starken Mann. Eine Führungspersönlichkeit mit Autorität. Wer das nicht hat, lässt sich leicht über den Tisch ziehen.

Es ist sicher Zufall, dass diese positiven politischen Eigenschaften allgemein eher Männern zugeschrieben werden. Oft hört man in diesem Zusammenhang (zum Beispiel vom Generalsekretär der SPD): „Politik ist eben so. Wer nichts vertragen kann, hat hier nichts zu suchen.“ Das ist richtig. Politik ist so. Aber muss sie so sein? Soll sie so sein? Wollen wir, dass sie so ist?

Eine Glorifizierung des Machtwortes über Kompromisse ist nicht mit unseren Grundsätzen vereinbar. Jedes Mal, wenn etwas hart durchgesetzt wird, fallen abweichende Meinungen unter den Tisch – sie werden ignoriert. Dies ist nicht unser Bild vom politischen Miteinander.

Ein weiteres Phänomen in unserer Partei ist, dass Frauen zweite Wahl zu sein scheinen. Heide Simonis, die bislang einzige weibliche Ministerpräsidentin in Deutschland, hat es folgendermaßen ausgedrückt: „Als Frau kann man in der Politik nur etwas werden, wenn Männer aus der Kurve fliegen. Man muss nur in der richtigen Kurve stehen.“

Dies kann nicht unser Anspruch an geschlechtergerechte Politik sein.

• **50 Prozent sind 40 Prozent – oder 25 Prozent.**

Die Quote ist nach wie vor ein geeignetes Mittel, um Frauen wenigstens pro forma durch die Ämtervergabe zu integrieren. Kern der Quote ist aber nicht, den Frauen Posten zu sichern, sondern sicher zu stellen, dass in der Partei und in unserem
5 Verband die Stimme der Frauen gehört wird. Wie oben beschrieben, haben in dieser Gesellschaft Frauen andere Probleme als Männer. Auch wenn Frauen keine einheitliche Gruppe bilden, sind bestimmte Themen quer durch die Gruppe relevant. Wenn es also „Quotenfrauen“ gibt, dann hat dies den Sinn, Frauen an der Politik, die ihr Leben bestimmt, zu beteiligen. Doch es nützt alles nichts, wenn **Mann** danach
10 nicht bereit ist, diesen Frauen eine echte Gelegenheit zur Äußerung zu geben, sie in die Arbeit einzubinden und ihre Ideen zu hören. Wenn eine „Quotenfrau“ eine „Quotenfrau“ bleibt, ist das vor allem die Schuld des Restvorstandes. – Dieser hat sich nicht oder nicht mit den richtigen Mitteln um eine Einbindung bemüht. Der Begriff „Quotenfrau“ ansich ist schon sexistisch. Bei Männern wird gar nicht diskutiert, ob
15 diese in der Lage sind, ihre Aufgaben richtig auszufüllen. Wir haben den Anspruch, dass jede und jeder bei ihrer oder seiner Arbeit unterstützt wird und Möglichkeiten erhält, sich weiterzuentwickeln. Dies schließt pauschale Urteile über die politische Arbeit Einzelner aus.

20 • **Die ASF**

Solange die Interessen von Frauen in unserer Partei unter den Teppich gekehrt werden und von neutralen Strukturen nicht die Rede sein kann, solange muss es Frauen erlaubt sein, sich in der Partei für ihre Belange gemeinsam zu organisieren. Dazu gehört auch eine finanziell ausreichende Förderung – sonst bleibt alles Gerede
25 über die „Frauenpartei“ SPD bloß heiße Luft.

Statt sich öffentlich darüber zu ärgern, dass die CDU der SPD das Frauenthema wegnimmt, sollten wir froh sein, dass manche Ideen zum Thema Gleichstellung auch schon rechts von der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Dennoch sind viele
30 Probleme noch nicht gelöst. Hieran müssen wir arbeiten. Nur wenn wir bei uns selbst echte Gleichstellung schaffen, können wir diese Idee auch auf die Gesellschaft übertragen. Die ASF ist dabei für die Jusos als Partnerin unverzichtbar.

35 **3. Das Projekt Gleichstellung im Juso-Bezirk**

Auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik haben Frauen immer noch schlechtere Chancen als Männer. In den Familien sind es meistens Frauen, die sich um den Haushalt, die Kinder und um die Pflege der Angehörigen kümmern. Das muss nicht
40 so sein, wir können unsere Zukunft gestalten.

Wir Jusos haben die Möglichkeit, mehr Frauen an unserer politischen Arbeit zu beteiligen und ihre Meinung zu hören. Dazu gehört, dass Frauenplätze in Vorständen nicht freigelassen werden oder auf Beisitzer-Posten abgeschoben werden. Findet
45 sich keine Frau, so wird der Vorstand eben kleiner. Mitarbeiten kann jeder – dazu braucht man(n) keinen Posten. Bei Kooptierungen muss ebenfalls auf eine Quotierung geachtet werden.

Auch bei Seminaren muss auf eine möglichst gleiche Beteiligung beider
50 Geschlechter hingewirkt werden. Dies gilt besonders bei beschränkten Teilnahmezahlen, inoffiziellen Veranstaltungen und Kungeltreffen. Seminarteamer

und eingeladene Referenten sollten ebenfalls quotiert sein, sodass sich über das Jahr hinweg ein Gleichgewicht ergibt.

5 Wir wollen das Thema Gleichstellung im Bezirk fest verankern und in das Seminarprogramm aufnehmen, denn sie geht uns alle an!

10 Die Frage nach den Grundlagen der Arbeiterbewegung beschäftigt immer mehr Jusos. Denn wenn wir nicht wissen, wo wir herkommen, woher sollen wir dann wissen, wohin wir gehen. Deshalb wird im **Basic Seminar** ein neuer Themenblock zum Feminismus vorgesehen, denn auch die Gleichstellung der Geschlechter spielt in der Arbeiterbewegung eine große Rolle.

15 Auch auf dem **Orga-Seminar** sollen alternative Organisationsstrukturen betreffend der Gesprächsmethoden und der Sitzungsleitung, sowie der Umgang mit unterschiedlichem Redeverhalten und dessen Projektion auf die Geschlechter vorgestellt werden. Die TeilnehmerInnen sollen Anregungen bekommen, das eigene Redeverhalten und sonstige Verhaltensweisen zu reflektieren, damit viele Frauen und Männer sich stärker bei den Jusos wiederfinden können.

20 In einem eintägigen **Frauenseminar** wollen wir uns näher mit dem Thema Gleichstellung beschäftigen und uns mit der Frauenbewegung von den Anfängen bis heute befassen.

25 Um wieder mehr Frauen für die Jusos zu gewinnen, wird in diesem Jahr eine **Abendveranstaltung nur für Frauen** mit einem prominenten Gast angeboten. Hier wollen wir uns besser kennenlernen, um so den Zusammenhalt der Frauen im Bezirk zu stärken. Die Geschichte zeigt uns, dass Netzwerke nötig sind, um unsere Ziele zu erreichen.

30 **Frauen Netzwerk**

35 Mit dem Projekt Gleichstellung wollen wir alle Unterbezirke erreichen. Nur wenn es überall AnsprechpartnerInnen für dieses Thema gibt, können wir alle auf dem Laufenden halten und die Mobilisierung für Seminare besser koordinieren. Gleichzeitig haben die Unterbezirke auch die Möglichkeit sich an die Projektleiterin/den Projektleiter zu wenden, damit niemand allein mit einem „Männerproblem“ dasteht.

40 Sämtliche Seminarergebnisse sollen in **Infobroschüren** zur internen Bildung festgehalten und allen Unterbezirken zur Verfügung gestellt werden.

45 Alle Mitglieder sollen für unterschiedliches menschliches Verhalten und ungerechte gesellschaftliche und politische Strukturen und Forderungen sensibilisiert werden. Durch dieses Selbstverständnis können wir bei den Jusos eine für alle angenehme Arbeitsatmosphäre schaffen, die sich jenseits von Sexismus und Chauvinismus bewegt und sich maßgeblich an den Inhalten und nicht an der Profilierung Einzelner orientiert. Um eine wirkliche Gleichstellung der Frauen zu ermöglichen, gilt es, die traditionellen Rollenbilder aufzubrechen:

„Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

50

Wiedereinsetzung der „Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung“ (NLpB)

5

- 10 Die von CDU und FDP im Jahr 2004 abgeschaffte „Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung“ (NLpB) soll so schnell wie möglich von der Landesregierung wieder eingerichtet und ihre Geldmittel insbesondere für Aufklärung und Information im Bereich des Rechtsextremismus erhöht werden.

15

20

25

30

35

Weil der Mensch ein Mensch ist! Kampagne Gute Arbeit in Braunschweig.

5 Für uns JungsozialistInnen ist die Erwerbsarbeit ein zentrales Thema. Die Erwerbsarbeit muss Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Die Erwerbsarbeit ist für uns ein zentraler Baustein für die Selbstverwirklichung des Menschen.

1. Die Erwerbsarbeit im Wandel...

10 Die junge Bundesrepublik Deutschland bot nach Ende des Zweiten Weltkriegs dank der stark wachsenden industriellen Produktion genügend Arbeitsplätze im Industriesektor an. Eine nahezu Vollbeschäftigung konnte erreicht werden, was eine hohe Nachfrage der produzierten Waren auf dem Binnenmarkt ermöglichte. Starke Gewerkschaften konnten hohe Tarifverträge mit den Arbeitgebervertretern eingehen. Diese Konstellation setzte sich mit kürzeren Krisenphasen bis Anfang der 70er Jahre fort.

20 Seit dem Jahre 1973 befindet sich die Erwerbsarbeit in einem Wandlungsprozess. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems im Jahre 1973 - ein Währungssystem, das vom goldhinterlegten US-Dollar als Leitwährung bestimmt war – führte zu einer Krise des Dollars und zu einer Aufwertung einzelner Volkswirtschaften. Die einsetzende Globalisierung des Wirtschaftens fördert einen Wettbewerb der Standorte. Die Zunahme der weltweiten Kommunikations-, Waren-, und Finanzströme das Produzieren auch an weit entfernten Orten im Ausland, internationale Arbeitsteilung – ist zunehmend von Seiten des Kapitals gewollt. Die Volkswirtschaften müssen sich diesem auferlegten Wettbewerbsdruck anpassen. Die gleichzeitige Ölkrise im Jahre 1973 beschleunigt diese Entwicklung.

30 Neoliberale Hegemonie

Das neoliberale Gedankengut befindet sich seit 1973 in der hegemonialen Position. Die kapitalistische Gesellschaft wird bestimmt durch den Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital. Die Lösung aus der schlechten Wirtschaftslage sehen die Verfechter dieses Politikkonzeptes in der Flexibilisierung der Arbeitswelt und der Ökonomie. Dieses System produziert noch immer soziale Ungleichheit. In solch einem System geraten die organisierten ArbeitnehmerInnen, die durch die Gewerkschaften den Ausbau des Sozialstaates erkämpft haben, in die Defensive.

40 Der neoliberalen Forderung nach Deregulierung und Flexibilisierung wird seitens der Regierungen bedingungslos gefolgt. Arbeitskosten und Lohnnebenkosten werden als die entscheidenden Standortfaktoren gesehen. Vor allem die Vereinigten Staaten und Großbritannien trieben in den 1980ern diese neoliberale Politik voran. Der Fall des Ostblocks legitimierte dann auch in den 1990ern dieses System weltweit. Außerdem ist die Arbeitswelt durch eine Dominanz des betriebswirtschaftlichen Augenblick gekennzeichnet: Viele Unternehmen denken kurzfristig, denn ihr Ziel ist es, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Daraus resultiert ein sich permanent verstärkender Standortwettbewerb um die geringste Steuerbelastung. Wenn ein Standort in Deutschland mutmaßlich zu teuer ist, drohen Unternehmen damit, ihre Produktion weltweit zu verlagern. Der Staat wird dadurch immer mehr zum Spielball

wirtschaftlicher Interessen und verliert immer mehr an politischer Steuerungsmöglichkeit.

Um immer höhere Renditen zu erzielen, versuchen zahlreiche Unternehmen, ihre Gewinne durch Absatzsteigerungen sowie Kostensenkungen zu steigern. Dementsprechend tritt die volkswirtschaftliche und soziale Komponente in den Hintergrund. Nicht die Standortsicherheit und die Kaufkraft sowie die soziale Sicherheit der ArbeitnehmerInnen, sondern die kurzfristige Rendite sind die unerlässliche Bedingung der großen Unternehmen.

Wandel der Arbeitsbedingungen

Der wirtschaftliche Strukturwandel trägt zum Wandel der Arbeitswelt bei: Der Anteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst in Deutschland seit Anfang der 70er stark an, während der Anteil des immer noch bedeutenden Sektors der industriellen Produktion zurückging oder sich auf die verarbeitende Industrie verlagerte. Zahlreiche Arbeitsplätze wurden seit den siebziger Jahren vernichtet, da der Dienstleistungssektor den Arbeitsplatzverlust nicht hat kompensieren können.

Arbeitnehmer in der Defensive

Der politisch und von der Wirtschaft auferlegte Wettbewerb zwischen Standorten sowie gestiegene Gewinnerwartungen üben einen großen Druck auf die Erwerbstätigen aus. Mit Hinweis auf die starke Konkurrenzsituation, der Gefahr der Unternehmensverlagerung ins Ausland oder Stellenstreichungen werden die Beschäftigten gezwungen, Arbeitszeitverlängerung, höhere Aufgabenbelastung, Kürzung oder Streichung von Zusatzleistungen oder Lohnkürzung hinzunehmen. Oft wird diese Entwicklung durch die politischen Rahmenbedingungen unterstützt. Die Gewerkschaften können aufgrund ihrer Defensivposition, auch verursacht durch gesellschaftliche Diskurse und mangelnde politische Unterstützung, diesem Trend nichts entgegensetzen. Die bisherige Mitbestimmung und die Tarifautonomie können diesen Trend nicht aufhalten. Die hohe Arbeitslosigkeit und sich verschlechternde Arbeitsbedingungen üben weiteren Druck auf die Erwerbsarbeit aus und beherrschen das Bild auf dem Arbeitsmarkt.

Die ArbeitnehmerInnen sind, allgemein betrachtet, die Leidtragenden der gewandelten Erwerbsarbeit, weil sie einem verstärkten Druck erfahren und zunehmend frühere staatlichen Sozialleistungen eigenständig finanzieren müssen (z.B. Krankengeld, Zuzahlungen im Gesundheitswesen etc.) Problematisch wirkt sich auch die Tatsache aus, dass das deutsche Sozialsystem an Erwerbsarbeit und die Arbeitslosenquote gekoppelt ist. In Zeiten einer hohen Arbeitslosigkeit verliert der deutsche Sozialstaat damit viele Beitragszahler. Somit tragen Arbeitslosigkeit und Wandel der Erwerbsarbeit zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei.

2. Lösungen sind gefragt!

Dieses Dilemma soll mit der Kampagne „Gute Arbeit“ gelöst werden. Gemeinsam mit Bündnispartnern und Betroffenen sollen die Probleme in der heutigen Erwerbsarbeit dargestellt werden und Bedingungen für „Gute Arbeit“ definiert werden.

Humanisierung der Arbeit

Es müssen menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten eingeführt werden. Sei es eine gerechte Entlohnung für gleiche Arbeit, sowie ein Arbeitsumfeld

geschaffen werden, dass Mitarbeiter in Ihrer persönlichen Entfaltung nicht einschränkt.

Gleichstellung in den Betrieben erreichen

- 5 Gleiche Arbeit muss gleich entlohnt werden. Frauen verdienen bisher für dieselbe Arbeit rund $\frac{1}{4}$ weniger als Männer. Das ist für uns Jusos unerträglich. Auch gilt es, beiden Geschlechtern gleiche Aufstiegschancen sicher zu stellen.

Erwerbsarbeit gerecht entlohnen

- 10 In Zeiten immer steigender Gewinne der Unternehmen gilt es, allen Mitarbeitern an den selbst erwirtschafteten Gewinnen Teil zu haben. Steigen die Managergehälter, so müssen gleichzeitig auch die Reallöhne aller Beschäftigten in in gleichem Umfang steigen.

- 15 Zudem müssen Dumpinglöhne bekämpft werden. Dies ist nur mit der Einführung eine gesetzlichen branchenunabhängigen Mindestlohns von mindestens 7,50 Euro zu erreichen. Darüber hinaus müssen tarifliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz eingeführt werden.

Schutz vor Entlassung

- 20 Mitarbeiter müssen vor Entlassung geschützt werden. Der Kündigungsschutz muss also gesichert und so gestärkt werden, dass er nicht nur vor willkürlicher Einlassung schützt. Auch die Entlassung von Zeit- und Leiharbeiter direkt nach Kündigung des Leihvertrages muss unterbunden werden.

Leih- und Zeitarbeit eindämmen

- 25 Wir brauchen gleiche Entlohnung und gleiche Arbeitsbedingungen für Leih- und Zeitarbeitnehmer,. Sie dürfen nicht länger als Dumpinglöhner und billiger Ersatz für Stammbeschafteten missbraucht werden.

Praktikum gerecht gestalten

- 30 Die Art und Weise, wie mit Praktikanten umgegangen wird, ist ein Skandal! Junge Menschen werden nach der Ausbildung durch Praktika mit anschließendem Jobversprechen angelockt. Diese Versprechen werden selten eingelöst. Praktikanten werden wie Menschen im normalen Arbeitsverhältnis behandelt, und – wenn
35 überhaupt – wie Minijobber entlohnt.

Ausbildung zukunftsfest gestalten

- 40 Die berufliche Ausbildung im Dualen Ausbildungssystem ist für uns Jusos wichtig. Es fördert die Selbstständigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der Auszubildenden und vermittelt auch umfassende Fähigkeiten, um auch in anderen Betrieben arbeiten zu können. Dies sind Eigenschaften, die für einen Hochtechnologiestandort wie Deutschland enorm wichtig sind. Nur gut ausgebildete junge Menschen können dazu beitragen, Deutschland als Innovationsland in der Welt zu behaupten.

45

3. Wir werden handeln!

- 50 Wir Braunschweiger Jusos werden diese Kampagne aktiv gestalten und Lösungen für die genannten Probleme finden.

Leiharbeit ist Sklavenarbeit

5

„Jede gut gemachte Arbeit verdient Respekt, aber nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Arbeit gehört zum menschenwürdigen Leben, aber sie muss auch menschenwürdig sein.

Wir wollen Arbeit, die gerecht entlohnt wird, die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen voll ermöglicht, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikationen nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert...“
(Hamburger Programm der SPD 2007)

Wir fordern die Bundesregierung auf zu beschließen, dass Leiharbeiter nach sechs Wochen im Unternehmen den Festangestellten ArbeitnehmerInnen gleichgestellt werden.

Kritiker werden an dieser Stelle sagen: Die meisten Zeitarbeitsfirmen würden Pleite gehen. Ja dem stimmen wir zu! Es bleibt die Frage: Warum ist das so? Liegt es daran, dass die Wirtschaft die Zeitarbeit als Instrument für Lohndumping, Aushebelung der Mitbestimmung und des Kündigungsschutzes benutzt?

Die Zeitarbeit soll angeblich die Produktionsspitzen der Unternehmen abdecken. Aber man fragt sich was „Spitze“ bedeutet, wenn bei BMW in Leipzig 40 % der Arbeitnehmer Leiharbeiter sind. Heißt es, dass das ein Spitzenwerk ist? Nein es heißt, dass die Arbeitnehmer einfach nur untertariflich bezahlt werden können.

Daher liegt es auf der Hand, dass die Zeitarbeiter nicht genutzt werden um Krankheits- und Urlaubsausfälle auszugleichen sondern um den Kündigungsschutz auszuhebeln, weniger zu bezahlen und um die Gewerkschaften zu schwächen. Erschreckend ist auch, dass viele Unternehmen eigene Zeitarbeitsfirmen als Tochterunternehmen betreiben. In diesen Zeitarbeitsfirmen werden, früher entlassene Mitarbeiter, wieder eingestellt und arbeiten dann wieder an ihrem alten Arbeitsplätze. Nur für weniger Gehalt.

Neben den rein finanziellen Nachteilen (für die Arbeitnehmer) gibt es auch soziale Gründe die derzeitige Form Leiharbeit in Deutschland zu kritisieren. Der Leiharbeiter wird zum Menschen zweiter Klasse gemacht. Er hat geringe Chancen soziale Kontakte im aufzubauen. Er hat kaum Möglichkeiten sich gewerkschaftlich zu organisieren. Für einen Angestellten im mittleren Lohnsektor, sollte ein (finanziertes) Eigenheim kein Problem darstellen. Für einen Leiharbeiter im mittleren Lohnsektor allerdings, gilt dies nicht! Er kann selten mehrere Jahre in die Zukunft planen, da selbst eine Festanstellung bei der Zeitarbeitsfirma für eine Bank selten als Sicherheit anerkannt wird.

Laut einer Studie der Hans Böckler Stiftung bekommen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Schnitt 29 % weniger Lohn.

Das Ziel dieses Antrages ist es nicht die Leiharbeit zu verbieten!

Das Ziel dieses Antrages ist es auf die, in über hundert Jahren, erkämpften Arbeitnehmerrechte zu bestehen!

50

Zum Umgang der SPD mit der Partei DIE LINKE

5 Die Partei Die Linke hat sich durch ihre Wahlerfolge in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg als gesamtdeutsche Kraft etabliert. Spätestens damit ist Deutschland in der Realität eines Fünfparteiensystems angekommen.

10 Diese Veränderung in der Parteienlandschaft ist auch das Resultat von zehnjähriger Regierungspolitik der SPD und war spätestens seit der Bundestagswahl 2005 absehbar. Die Sozialdemokratie hat es nicht geschafft, dem entgegenzuwirken. Wir Jusos haben seit langem vor einer Blockadehaltung und einem künstlichen Antikommunismus gegenüber der Linkspartei gewarnt und einen sachlichen Umgang über eine inhaltliche Auseinandersetzung eingefordert. Die Strategie des Ignorierens und Tabuisierens ist gescheitert. Mit dem Beschluss des Parteivorstandes und Parteirates, die Entscheidung über die Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke den Landesverbänden zu überlassen, wurde diese Selbstverständlichkeit bestätigt und die bisher ausschließlich ablehnende Position der Parteispitze aufgegeben.

20 Es ist jedoch notwendig und richtig, dass sich die SPD über mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit der Linkspartei ebenso auseinandersetzt wie mit den übrigen im Bundestag vertretenen Parteien.

25 Für uns Jusos ist die Partei Die Linke grundsätzlich eine Partei wie jede andere demokratische Partei. Jedoch ist ihre endgültige programmatische und strategische Ausrichtung noch nicht zur Gänze absehbar. Gerade deshalb nehmen wir für uns in Anspruch, einen an Inhalten orientierten Umgang zur Linkspartei als politischer Konkurrentin und potenzieller linker Diskurspartnerin auf- und auszubauen. Dazu ist ein Blick auf die Entwicklung und derzeitige Aufstellung der Linkspartei ebenso nötig wie eine konkrete Bewertung von einzelnen Politikfeldern.

35 Ihre aktuelle Bedeutung konnte die Partei Die Linke jedoch erst durch den Zusammenschluss von PDS und WASG erlangen. Dabei war die WASG, aus der westdeutschen Protestbewegung gegen die Politik der zweiten Amtsperiode Rot-Grün hervorgegangen, programmatisch noch weniger greifbar als ihr späterer Fusionspartner. Das Fundament der Linken an Personal und Wählerpotenzial ist die Enttäuschung über sozialdemokratische Regierungsrealität. Die Hoffnungen der Wählerinnen und Wähler in die Sozialdemokratie nach neuer wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit, realen Aufstiegschancen und gerechterer Verteilung von Wohlstand wurden nicht erfüllt. Tatsächlich geraten zunehmend mehr Menschen unter Druck, sind von Abstieg bedroht und nehmen entgegen anderslautender Beteuerungen seitens der Regierungsverantwortlichen keine Verbesserung ihrer Lebenswirklichkeit wahr.

45 In diese Lücke ist die Linkspartei gestoßen und hat vor allem durch das Aufzeigen dieser Probleme Wahlerfolge erzielen können. Ob die Partei Die Linke Antworten auf diese Fragen hat, war für die Wählerinnen und Wähler nicht entscheidend. Die Linkspartei hat sich bei der letzten Bundestagswahl und den westdeutschen Landtagswahlen als reine Protestpartei verstanden, wovon auch ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene und bis zuletzt

- auch auf Landesebene in den alten Bundesländern zeugt. Den Erfolg, den sie mit dieser Strategie erreichte, hat die SPD durch eigene Fehler befördert. Zum einen wurde durch ihre Tabuisierung allen Enttäuschten vergewissert, dass ihre Stimme für die Linkspartei eine Stimme gegen das „Weiter So“ im Bund ist. Und zum anderen wurde ihr alleine die kritische Auseinandersetzung mit Agenda 2010 und ALG II überlassen. So haben viele Wählerinnen und Wähler das kategorische Nein der Partei Die Linke als die einzige Möglichkeit wahrgenommen, ihren Unmut zu äußern. Die SPD hatte es hier weder innerparteilich noch gesellschaftlich geschafft, diesen abzufedern oder auch nur ernst zu nehmen.
- Den Populismus der Linkspartei sehen wir ausnehmend kritisch. Populismus verkürzt Probleme, simuliert eine Eindimensionalität, die in den meisten Fällen nicht zutreffend ist und ist damit anti-emanzipatorisch. Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und aufgeklärt am politischen Geschehen partizipieren, und sie nicht für dumm verkaufen. Für Populismus ist in echter linker Politik kein Platz.
- Die heutige Linkspartei ist heterogen in ihrer Mitgliederstruktur, in ihrem Programm nicht gefestigt und ihrer Struktur brüchig. Die Entwicklung dieser Partei ist in vielfacher Hinsicht offen. Die Lage der Partei stellt sich in den einzelnen Ländern und im Bund sehr unterschiedlich dar. Im Osten ist sie eine inhaltlich diversifizierte Volkspartei, die vielerorts in Regierungsverantwortung steht. Im Westen befindet sie sich noch im Findungsprozess, der sich in der Auseinandersetzung zwischen enttäuschten GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen aus der WASG und der alten westlinken Splittergruppen widerspiegelt. Während sie in den ostdeutschen Ländern weitgehend gefestigt ist, kämpft sie im Westen noch um ihre flächendeckende Existenz. Bei den Versuchen, Fuß zu fassen, kommt es immer wieder zu existenziellen Auseinandersetzungen mit den SozialdemokratInnen vor Ort, gerade innerhalb der Gewerkschaften.
- Ein linkes Fortschrittsprojekt wird es nur unter Führung der SPD geben. Es muss das Ziel der SPD bleiben, die linke Volkspartei zu sein und die AnhängerInnen und WählerInnen der Linkspartei zurückzugewinnen. Dies kann nur mit einer Politik geschehen, die Antworten auf die Probleme der Menschen findet. Die Linkspartei wird aber auf absehbare Zeit in den deutschen Parlamenten sitzen und somit Zweiparteienkoalitionen unwahrscheinlicher machen. In dieser Situation hilft ein absoluter Koalitionsausschluss nicht weiter. Dies hat der Nachgang der Hessenwahl eindeutig gezeigt. Dort hat die SPD ihr Ergebnis nicht wegen ihrer Ankündigung im Hinblick auf Die Linke verbessert, sondern weil sie Mindestlöhne einführen, Studiengebühren abschaffen und die Energiewende vollziehen wollte.
- An dieser Erfahrung sollte man sich auch bei der Aufstellung für die Bundestagswahl 2009 orientieren. Ob es irgendwann eine Perspektive für ein gemeinsames Projekt gibt, entscheidet sich nicht nur in der Debatte innerhalb der SPD, sondern auch davon, inwieweit die Linkspartei bereit ist, sich zu einer kompromissfähigen Partei zu entwickeln und sich von der bloßen Oppositionsrolle trennt. Ob die Linkspartei auf Bundesebene in inhaltlicher, strategischer und personeller Hinsicht sich so entwickeln wird, dass sie mit der SPD zusammenarbeiten kann, wird sich in Zukunft zeigen.
- Es kann auch für die Länder keine einheitliche Antwort über den Umgang mit der Linkspartei geben, dafür ist sie zu unterschiedlich aufgestellt. Deshalb ist es richtig,

diese Entscheidung den Verantwortlichen vor Ort zu überlassen. Und deshalb ist es richtig, wenn die Linke in der SPD mit den fortschrittlichen Teilen der Grünen, den Gewerkschaften sowie der Linkspartei in einen Dialog eintritt, wie sich linke Mehrheiten für fortschrittliche Reformen am besten nutzen lassen. Es gilt, ein eigenes gutes Wahlprogramm zu beschließen, im Wahlkampf die Unterschiede herauszustellen und nach der Wahl zu prüfen, welches eine tragfähige Konstellation ist, um die eigenen Inhalte umzusetzen. Alles andere würde die SPD nur in die weitere Abhängigkeit der CDU drängen. Nach dem Verlauf der Debatte innerhalb des vergangenen Monats ist der Ausschluss ohnehin bei den Wählerinnen und Wählern wenig glaubhaft und würde nur die Ausgangslage für Verhandlungen nach der Wahl mit anderen Parteien verschlechtern.

Für uns ist klar, dass es erst eine inhaltliche Auseinandersetzung geben muss, bevor man Entscheidungen über Koalitionsoptionen treffen kann. Wir Jusos werden unseren Teil dazu beitragen und an Inhalten orientiert für ein linkes Projekt auf Bundesebene streiten.

20

25

30

35

40

45

50

5 **„Keine Coca-Cola im Volksfreundsaal“**

10 Wir JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig fordern, die „Coca-Cola-Aufschrift“ auf dem Getränkeautomaten im Volksfreundsaal durch ein neues Motiv zu ersetzen.

15 Wir JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig fordern des Weiteren, in Zukunft keine Produkt des „Coca-Cola“-Konzerns mehr anzubieten.

Hierzu soll die Geschäftsstelle der SPD im Bezirk Braunschweig:

20 - ein parteiinternes Ausschreibungsverfahren zur Erneuerung der Werbefläche einzuleiten. Alle GenossInnen im SPD-Bezirk Braunschweig sollen daran beteiligt werden

25 - Wasser und kohlenensäurehaltige Limonadengenötänke von politisch korrekten Getränkeunternehmen bestellen und im Getränkeautomaten anbieten

30

35

40

45

50

Rote Fahnen sollen wehen!

5

In diesem Jahr gab und gibt es viele Runde Jahrestage historischer Ereignisse. Anlässlich des Gedenken dieser vergangenen Ereignisse wurde auch immer wieder auf die Rolle der Sozialdemokratie in Braunschweig hingewiesen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich nie auf die Politik in den Parlamenten beschränkt. Ziviles Engagement und der gute Kontakt zum politischen Vorfeld und in weite Teile der Gesellschaft waren die Grundlage der sozialdemokratischen Erfolge. Dazu gehörte es auch immer starke Symbole zu setzen.

15

Das Braunschweiger Parteihaus ist so ein Symbol, auf Grund der unmittelbaren Nähe zum Braunschweiger Stadtschloss bekam es nach seinem Bau in der Vorzeit des Ersten Weltkrieges zu dem Namen unter dem es noch heute bekannt ist: Das Rote Schloss. Es war der für alle sichtbare Gegenpol zu Monarchie, Nationalismus und Unterdrückung. Auf dem Dach wehte eine rote Fahne, die vom Schloss aus jederzeit gesehen werden konnte und die Botschaft transportierte: Wenn Menschen für eine gerechte Sache gemeinsam eintreten, kann man sie nicht aufhalten.

25

Sozialdemokratische Mehrheiten haben dafür gesorgt, dass das Braunschweiger Stadtschloss abgerissen wurde. Nun steht es wieder als Konsumtempel der unmittelbaren Nachbarschaft des Roten Schlosses. Es wurde gegen den Widerstand der Sozialdemokratie wiedererrichtet.

30

Deshalb fordern wir die SPD auf, auch die rote Fahne wieder über dem Roten Schloß wehen zu lassen.

35